

Wien, 25. November 2020

Sehr geehrter Herr Bundesminister Univ.-Prof. Dr. Fassmann,

im Namen der Österreichischen Hochschülerinnen- und Hochschülerschaft, der gesetzlich verankerten Interessenvertretung der über 370.000 Studierenden österreichweit, erlauben wir uns, Ihnen folgende Anliegen und Bedenken rund um die anstehende Novelle des Universitätsgesetzes nochmals schriftlich mitzugeben.

Allen voran die in der Öffentlichkeit derzeit diskutierten Informationen über eine geplante Einführung einer Mindeststudienleistung und deren Kriterien verursachen Verunsicherung in der Studierendenschaft, sind diese doch ein wesentlicher Eingriff in den Studienablauf. Die gestern in der Tageszeitung "Der Standard" veröffentlichten neuen Informationen, wonach diese geplante Mindeststudienleistung gesenkt werden soll, stellt eine wesentliche Verbesserung im Sinne der ÖH dar, nichtsdestotrotz können wir nicht umhin, auch diese Regelung kritisch zu sehen, da die Realität an Österreichs Universitäten einen Vergleich zwischen den verschiedenen Studiengängen schlichtweg nicht zulässt. Daher ersuchen wir Sie, die nun neu bekannten Eckpunkte nochmals zu prüfen. Gerade eine Exmatrikulation, die lebenslang gilt und nicht zurückgenommen werden kann, stellt weiterhin eine unverhältnismäßige Konsequenz dar - vor allem hinsichtlich der Tatsache, dass es in Österreichs Curricula faktisch keine Gleichwertigkeit im Hinblick auf den Workload pro ECTS-Punkt gibt. Daher möchten wir an dieser Stelle auch erneut auf die dringende Notwendigkeit der Harmonisierung von ECTS-Punkt und dem damit verbundenen Arbeitsaufwand aufmerksam machen.

Hierbei möchten wir jedoch in aller Deutlichkeit klarstellen, dass eine strukturelle Richtlinienkompetenz der Rektorate bei der Gestaltung der Curricula, wie ebenso in der Tageszeitung "Der Standard" zu lesen war, unserer Meinung nach kein geeigneter Weg ist, Ungereimtheiten bei der ECTS-Vergabe in Curricula zu beseitigen. Vielmehr bedarf es hier einer klaren gesetzlichen Festsetzung, dass ECTS-Punkte dem tatsächlichen Arbeitsaufwand zu entsprechen haben und dass dies bei der Evaluierung der Lehre jedenfalls berücksichtigt werden muss.

Neben diesen zentralen Problemfeldern stellt die mangelhafte Durchlässigkeit zwischen verschiedenen Studien eine weitere Schwierigkeit seit Umstellung der Studiengänge auf

das Bachelor-Master System dar. Größtes Problem hierbei ist die zurzeit restriktive Praxis zur Anrechnung von Studienleistungen, bei der die Gleichwertigkeit der erbrachten Leistung von Seiten des*der Studierenden nachgewiesen werden muss. Als Bundes-ÖH sprechen wir uns ausdrücklich für die Verankerung einer Beweislastumkehr bei diesem wichtigen Thema aus, damit zukünftig die Universitäten wesentliche Unterschiede zwischen den Leistungen nachweisen müssen, wenn sie eine Anrechnung verwehren wollen. Dies würde zu einer großen Erleichterung im täglichen Leben der Studierenden führen und auch eine schnellere Absolvierbarkeit der einzelnen Studien zur Folge haben.

Gerade die derzeitige COVID-19-Krise hat gezeigt, dass Änderungen im Universitätsgesetz dringend notwendig sind, um auf die aktuellen Probleme zu reagieren. So plädieren wir stark für die Aufnahme von den durch Sie im Frühjahr per Verordnung geschaffenen Regelungen ins Universitätsgesetz. Darüber hinaus wurde durch die klare Regelung von elektronischen Lehr- und Prüfungsbetrieb der Grundstein für mehr Digitalisierung und Zukunftssicherheit der Universitäten gelegt und kann dazu dienen, hierauf aufzubauen.

Da es uns nicht möglich ist, in diesem Brief alle Positionen der ÖH Bundesvertretung zu nennen, ohne den Rahmen zu sprengen, erlauben wir uns den weiteren Verweis auf unser Positionspapier: <https://www.oeh.ac.at/bipol>

Wir ersuchen Sie dringlichst um Berücksichtigung dieser vorgebrachten Punkte und bedanken uns für die bisherig gute und konstruktive Gesprächsbasis bei diesem wichtigen Thema und hoffen diese nach Veröffentlichung des Entwurfs und der darauffolgenden Verhandlungsrunden beibehalten zu können.

Hochachtungsvoll

Sabine Hanger

Vorsitzende
der Österreichischen
Hochschüler*innenschaft

Julian Unterweger

Referent für Bildungspolitik
der Österreichischen
Hochschüler*innenschaft